

Beschlüsse

zur ordentlichen
Bundeskonzferenz der
Arbeitsgemeinschaft der
Selbständigen in der SPD
(AGS)

16. September 2023

Anträge

Inhaltsverzeichnis

H - Hauptantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
H01	Wirtschaftsstandort fit machen: Wir stärken Mittelstand und Handwerk, Start-ups und Selbständige AGS Bundesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	10

A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Wirtschaftsverhältnis zu China neu bewerten! AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	14
A02	Maßnahmen zur schnelleren und besseren Integration von Geflüchteten AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	15
A03	Arbeitsmarkt AGS Landesvorstand Schleswig-Holstein <i>Erledigt durch Antrag A02 Ziffer 3</i>	16
A04	Zuwanderung in den Arbeitsmarkt verbessern AGS Bundesvorstand <i>Erledigt durch durch Antrag A02 in ergänzter Fassung</i>	17
A05	Fachkräftemangel bei der Beruflichen Bildung bekämpfen AGS Landesvorstand Baden-Württemberg <i>Sonstiges): Rückgabe an die Antragsteller zur Korrektur des Antrags mit folgender Empfehlung:</i>	18

B - Bauen, Energie, Umwelt

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Vorschriften vereinfachen und Lobbyismus verhindern AGS Landesvorstand Brandenburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	19
B02	Hemmnisse für den Holzbau abbauen AGS Bundesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	21
B03	Bundesweite Ergänzung der jeweiligen Bauordnungen der Länder um den Gebäudetyp „E“ AGS Bundesvorstand <i>angenommen</i>	22
B04	Mobile Klimawende nicht ausbremsen AGS Bundesvorstand <i>angenommen</i>	23
B05	Klimawende beschleunigen – Gütertransport reformieren AGS Landesvorstand Baden-Württemberg <i>abgelehnt</i>	24

C - Bildung und Ausbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
C01	Ausbildungsseignungsverordnung für Kleinbetriebe anpassen AGS Landesvorstand Hannover <i>nicht befasst</i>	25
C02	Finanzielle Bildung und berufliche Orientierung AGS Landesvorstand Brandenburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	26
C03	Vereinfachte Anerkennung von Ausbildung und Qualifikation AGS Landesvorstand Brandenburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	28
C04	Verbesserte Öffnung einer Lehreranstellung in Berufsschulen für Menschen ohne akademische Ausbildung AGS Landesvorstand Sachsen <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	29
C05	Meisterausbildung kostenlos AGS Landesvorstand Sachsen <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	30
C06	Berufliche Bildungsstätten finanziell gleichwertig mit Fachhochschulen behandeln AGS Bundesvorstand <i>angenommen</i>	32
C07	Ausbildungsmarkt steuern AGS Landesvorstand Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	33
C08	Fachkräftemangel, Verbesserung der beruflichen Bildung AGS Landesvorstand Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	34

D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Ansiedlung von Luft- und Raumfahrt in Deutschland vorantreiben AGS Bundesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	35
D02	Dringendes Regelungsbedürfnis beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd <i>angenommen</i>	36
D03	Chancen der KI nutzen – Missbrauch verhindern AGS Bundesvorstand <i>überwiesen</i>	37
D04	Steigende Rohstoff- und Energiekosten bei längerfristigen Verträgen AGS Landesvorstand Bayern <i>überwiesen</i>	39
D05	Hilfen für Unternehmen in der Folge der Ukraine-Krise AGS Landesvorstand Bayern <i>erledigt durch aktuelle Situation und Regierungshandeln</i>	40
D06	Wirtschaft und gute Arbeit – zwei Seiten derselben Medaille AGS Landesvorstand Sachsen <i>überwiesen</i>	41
D07	Transparenz und Übersichtlichkeit bei Antragsverfahren für Kunst- und Kultur-Projekte AGS Bundesvorstand <i>angenommen</i>	43

E - Organisation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	Anpassung des Statutes für AGS-Mitglieder AGS Landesvorstand Hannover <i>abgelehnt</i>	44
E02	Erstellung eines Kontaktverzeichnisses von allen AGS Landesvorständen, Stellvertretern und Internetbeauftragten & Webmaster AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz <i>angenommen</i>	45
E03	Organigramm des WBH AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz <i>angenommen</i>	46
E04	Erlaubnis hybride Teilnahme auch zu Wahlen AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz <i>angenommen</i>	47
E05	Liste über die Teilnahme der gewählten Vorstandsmitglieder an den Vorstandsitzungen AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz <i>abgelehnt</i>	48

F - Soziale Absicherung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Sozialversicherung für Startups und Selbstständige AGS Landesvorstand Hannover <i>angenommen</i>	49
F02	Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze AGS Landesvorstand Berlin <i>abgelehnt</i>	50
F03	Unterscheidung von Selbstständigen und Scheinselbstständigen anhand konkreter Kriterien AGS Landesvorstand Hannover <i>nicht befasst</i>	51
F04	Rentenversicherung AGS Landesvorstand Saar <i>Sonstiges Annahme als Resolution</i>	52
F05	Systemwechsel: Steuerfinanzierte Bürgerversicherung Krankheit, Rente, Pflege, Arbeitslosigkeit AGS Landesvorstand Schleswig-Holstein <i>abgelehnt</i>	53
F06	Flexi-II-Gesetz weiterentwickeln AGS Bundesvorstand <i>angenommen</i>	54
F07	Bürgerversicherung für Alle jetzt einführen AGS Landesvorstand Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	55

G - Steuern, Vergütung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Umsatzsteuer auf Speisen AGS Landesvorstand Thüringen, AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd <i>angenommen</i>	56
G02	Inflation und Vergütungsordnungen AGS Landesvorstand Bayern <i>angenommen</i>	57
G03	Mindestbesteuerung von 15% für alle Unternehmen AGS Landesvorstand Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	58

Ini - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini01	Dauerhafte Sicherung der kommunalen Finanzen - langfristige Stärkung der regionalen Entwicklung AGS Bundesvorstand	59
Ini02	Bessere Absicherung für Selbständige AGS Bundesvorstand	60

Antrag H01: Wirtschaftsstandort fit machen: Wir stärken Mittelstand und Handwerk, Start-ups und Selbständige

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	H - Hauptantrag

- 1 Mittelstand, Handwerk, Start-ups und Selbständige sind das Rückgrat der deutschen
2 Wirtschaft. Sie schaffen die Voraussetzung für eine Transformation hin zu einer
3 ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigeren Wirtschaftsweise. Sie gehören zu den
4 Treibern der wirtschaftlichen Entwicklung.
- 5 Diese Erfolgsgeschichte muss jetzt fortgeschrieben werden. Denn: Transformation und
6 Tendenzen einer Deindustrialisierung sind Risiken nicht nur für größere und große
7 Unternehmen. Die Risiken für unseren Standort sind insbesondere: steigende
8 Energiepreise, zunehmender Fachkräftemangel, marode Infrastruktur, nicht mehr
9 zeitgemäßes Bildungssystem, mangelhafte Digitalisierung und überbordende Bürokratie.
- 10 Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung beschwört Grundergeist, Innovationen und
11 Unternehmertum. In der Tat: Neue Ideen, Produkte, Dienstleistungen und
12 Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern schaffen
13 Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze.
- 14 Trotz insgesamt positiver Bilanz ist das Aufgabenheft der Bundesregierung für diese
15 Legislaturperiode sehr umfangreich und zeigt den Handlungsdruck auf - auch im
16 europäischen und internationalen Vergleich.
- 17 In Zeiten von Energieknappheit, nicht zuletzt ausgelöst durch den russischen
18 Angriffskrieg auf die Ukraine und der drohenden Klimakrise müssen sich Unternehmen
19 auf einen robusten Ordnungsrahmen stützen können. Das ist von der Politik prinzipiell
20 anerkannt, in der Regierungspraxis wird aber gelegentlich dagegen verstoßen. Eines
21 nationalen Lieferkettengesetzes bedarf es nicht, wenn zugleich über eine
22 entsprechende europäische Regelung diskutiert wird, die noch vor den Europawahlen
23 2024 kommen soll und dann eine Novellierung unserer Rechtsgrundlage erforderlich
24 macht. Gleiches gilt für das Gebäudeenergiegesetz.
- 25 Wir wollen dem entgegenwirken, Lösungen anbieten, Rahmenbedingungen verbessern und
26 dafür sorgen, dass unternehmerisches Engagement in unserem Land eine Zukunft hat.
- 27 Nur starke und wettbewerbsfähige Unternehmen können die Transformation aktiv
28 bewältigen. Die Transformation ist aber nicht nur eine Herausforderung, sondern
29 zugleich auch eine Chance, die es zu nutzen gilt. Aber sie gelingt nur mit dem
30 Mittelstand. Vor allem dort geschieht die Umsetzung hin zu Klimaschutz und
31 Nachhaltigkeit.
- 32 Antrag:
- 33 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Forderungen
34 einzusetzen:
- 35 • Steuern
- 36 o Um kurzfristig die Liquidität der Unternehmen zu verbessern, sollte ein

Verlustrücktrag durch das Finanzamt ermöglicht werden, und zwar im Einkommen-,
Gewerbe- und Körperschaftsteuerrecht.
o Geprüft werden sollten auch steuerfreie Rücklagen (z.B. für Energiekosten und
energieeinsparende Investitionen).
o Erforderlich sind ferner gezielte steuerliche Anreize für Investitionen in die
Digitalisierung und zur Dekarbonisierung.
o Für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen sollte es Direktzuschüsse
geben, aber z.B. auch Freibeträge, Prämien und dergl. mehr.
o Alle vorhandenen Förderinstrumente (ERP-, KfW-Programme und weitere Fördersysteme)
sind auf deren Tauglichkeit für die Transformation zu überprüfen und ggfs.
nachzubessern.
o Zum Erhalt bzw. zwecks Wiederherstellung unserer Wettbewerbsfähigkeit muss die
Stromsteuer in Richtung EU-Mindestbesteuerung nach unten angepasst werden.
o Neben einer umfassenden Reform des Unternehmensteuerrechts besteht kurzfristig
Handlungsbedarf bei der laufenden Anpassung der Grundfreibeträge und des Einkommens,
ab dem der Höchststeuersatz greift.
o Die Umsetzung der Grundsteuerreform darf nicht zu einer Mehrbelastung der
Wirtschaft führen.

• Energie

Wettbewerbsfähige Energiepreise benötigen auch die KMUs. Deshalb muss sichergestellt
werden, dass bei Überlegungen dazu nicht nur die Großindustrie, sondern auch KMUs,
Start-ups und Selbständige einbezogen werden. Auch sie benötigen eine große Menge an
möglichst alternativen Energien. Wir wollen, dass der Industriestrompreis schnell und
unbürokratisch auch auf die Belange von KMUs abgestimmt wird. Es ist darauf zu
achten, dass bei der Umsetzung die Fehler der Strompreisbremse vermieden werden.

Diese Maßnahme hilft allen Unternehmen, Produktion und industrielle Wertschöpfung zu
sichern und die Transformation zur Klimaneutralität noch besser zu meistern.
Letztlich geht es um ein neues Energiemarktdesign, mit den Zielen der Unabhängigkeit,
Klimaschutz, Effizienz, aber auch bezahlbaren Preisen. Das bedarf einer
leistungsfähigen Infrastruktur von Stromnetzen. Zum neuen Design gehören auch eine
Wasserstoffinfrastruktur und der entsprechende Hochlauf der Elektrolyse-Kapazitäten
für die grüne Wasserstoffproduktion.

Zusätzlich benötigen wir ein politisches Instrument, das Wettbewerbsfähigkeit
garantiert und die Mehrkosten einer klimaneutralen Produktion in den Anfangsjahren
deckt. Die Märkte dafür müssen sich noch entwickeln. Die Politik hat dabei eine
wichtige lenkende Aufgabe mit Förderung, Regulation und Steuerung. Attraktive
Investitionssignale müssen gegeben werden. Notwendig sind Sonderabschreibungen und
Investitionszulagen, um private Investitionen anzuregen. Die Wirtschaft braucht
verlässliche Ansagen und belastbare Entscheidungen.

• Start-ups

o Das Zukunftsfinanzierungsgesetz für Start-ups und die Mitarbeiterkapitalbeteiligung
müssen zeitnah umgesetzt werden.
o Vollständige Zusammenfassung aller Landes-, Bundes- und EU-Förder- und
Finanzierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der Kombinierbarkeit untereinander in
einem Internet-Portal, das auch KI-gestützt dialogfähig für die AntragstellerInnen
ist.

- 83 o Organisatorische Unterstützung für GründerInnen durch One-Stop-Shops.
- 84 o Erleichterter Zugang zu Kapital durch Projektförderung sowie öffentliche Fonds für
- 85 Wagniskapital.
- 86 o Wir treten für eine "Kultur der zweiten Chance" ein.
- 87 o Förderung von Existenzgründungen speziell für Frauen.
- 88 o Förderung von Existenzgründungen in strukturschwachen Gebieten.
- 89 o Die Start-up-Strategie der Bundesregierung vom Juli 2022 ist an geeigneten Stellen
- 90 zu erweitern.

- 91 • Innovationen, Forschung und Entwicklung
- 92 o Die F&E-Ausgaben sind steuerlich mit mehr als 100% geltend zu machen.
- 93 o Forschungszulagen mit klarem Bezug zur Transformation einschließlich
- 94 Digitalisierung sollten noch stärker gefördert werden.
- 95 o Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deutlich vereinfacht und beschleunigt
- 96 werden.
- 97 • Fachkräfte
- 98 Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die bestehenden Informationsportale, wie
- 99 z. B. ANABIN, sind wichtige Bausteine für eine umfassende Fachkräftestrategie.
- 100 Hierfür ist die Erhöhung der Abschlussquoten von Schülern und Studenten - ohne
- 101 Absenkung der Standards, mit mehr Lehrkräften und kleineren Klassen notwendig. Dazu
- 102 gehört u.a.:
- 103 o Weiterer Ausbau des Dualen Systems.
- 104 o Bessere finanzielle Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten.
- 105 o Neue Initiativen für Fort- und Weiterbildung.
- 106 o Höhere Erwerbsbeteiligung von jungen Menschen, flankiert durch Maßnahmen zur
- 107 besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Arbeitszeitmodelle, Kinderbetreuung).
- 108 o Vereinfachung der Anerkennung von europäischen und internationalen Bildungs- und
- 109 Berufsabschlüssen nach praktischer Prüfung.
- 110 Darüber hinaus gibt es noch einen Katalog von weichen Faktoren:
- 111 Dazu appellieren wir an die Sozialpartner (Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber*innen,
- 112 Sozialversicherungsverbände, etc.) die Arbeitsbedingungen verbessern, auf Anreize
- 113 setzen (wie z. B. Home-Office-Zeiten, Weiterbildung, ggf. 4-Tage-Woche auch Boni,
- 114 Job-Tickets, womöglich Werkwohnungen oder die Kostenübernahme für den
- 115 Führerscheinerwerb).
- 116 Die Arbeitgeber sind angehalten, das Verhalten von Führungskräften durch
- 117 Trainingsmaßnahmen zu verbessern, um die Wertschätzung zu erhöhen und eine
- 118 Anerkennungskultur zu schaffen.
- 119 • Bürokratieabbau
- 120 Diese Forderung ist nicht neu, aber immer noch aktuell. Gerade in Zeiten steigender
- 121 Kosten und Arbeitskräftemangel muss endlich der Bürokratieabbau so gut gelingen, dass
- 122 er im Alltag der Unternehmen auch tatsächlich spürbar wird. Das kann durch
- 123 Digitalisierung gelingen. Wir fordern deshalb ein E-Government-Portal, das diesen
- 124 Namen verdient und viele Anträge und Dienstleistungen bündelt. Auch die zahlreichen
- 125 Berichtspflichten und Steuererklärungen müssen darüber abgewickelt werden können das
- 126 Portal sollte Bund, Länder, Kreise und Kommunen umfassen.

- 127 Unabhängig davon müssen jetzt die mehr als 400 Vorschläge umfassenden Ergebnisse der
128 Verbändeabfragen zum Bürokratieabbau vom Bundesgesetzgeber zügig umgesetzt werden.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Landesverbände
SPD-Mitglieder der Bundesregierung
SPD-Mitglieder der Landesregierungen
SPD Bundesparteitag

Antrag A01: Wirtschaftsverhältnis zu China neu bewerten!

Antragsteller*in:	AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, innerhalb der Europäischen Union ihre neue
- 2 Chinastrategie abzustimmen und auf eine einheitliche China Strategie der europäischen
- 3 Union hinzuwirken und dies in geeigneter Form zu kommunizieren.

Empfänger*in(nen)

Bundesregierung

Antrag A02: Maßnahmen zur schnelleren und besseren Integration von Geflüchteten (Ergänzung aus A04)

Antragsteller*in:	AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

- 1 1. Im Zuge der großzügigen Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen in
- 2 Deutschland sollen die zuständigen Behörden nun für alle Geflüchteten vorrangig die
- 3 Prüfung von Studien- und Berufsabschlüssen vornehmen und zügig über eine Anerkennung
- 4 entscheiden, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- 5 2. In Berufen, die die Sicherheit und Gesundheit von Menschen betreffen (bspw.
- 6 Elektriker, Krankenschwestern usw.) ist eine zeitnahe, eintägige praktische Prüfung
- 7 durch Fachleute von Kammern und Verbänden durchzuführen.
- 8 3. Mit Hilfe von fachgerechten Fort- und Weiterbildungen muss die Qualifizierung auch
- 9 von hier bereits ansässigen Migranten gezielt erhöht werden.
- 10 4. Geringfügige Defizite dürfen nicht zu einem Hindernis bei der Aufnahme einer
- 11 Berufstätigkeit werden.
- 12 5. Mangelhafte oder fehlende deutsche Sprachkenntnisse können in bestimmten Berufen
- 13 durch ausreichendes Englisch als Brücke ersetzt werden. Die Deutschkenntnisse sollen
- 14 aber in allen Berufen arbeitsbegleitend so schnell wie möglich erworben und auf B2-
- 15 Niveau gebracht werden.
- 16 6. Für eine ausreichende Betreuung und Beschulung von Kindern ist parallel zu sorgen.
- 17 7. Die AGS fordert, die Qualifikation der seit 2015 Zugewanderten und Geflüchteten
- 18 einer gründlichen Analyse zu unterziehen und daraus resultierende Ergebnisse für eine
- 19 schnelle Umsetzung und Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt und die
- 20 Gesellschaft vorzuschlagen. (Antragstext von Antrag A 31)

- 21 Begründung:
- 22 Der allgegenwärtige Fachkräftemangel und die Tatsache, dass nur 50% der 2015
- 23 Zugewanderten und Geflüchteten bis jetzt in den Arbeitsmarkt integriert sind, muss
- 24 zukünftig deutlich verbessert werden. Unsere Wirtschaft braucht in den nächsten
- 25 Jahren viele neue Fachkräfte; das gelingt nur, wenn wir die zu uns gekommenen
- 26 schneller qualifizieren und in den Arbeitsmarkt einbinden. Damit werden sie auch
- 27 besser und schneller in die Gesellschaft integriert.

Antrag A03: Arbeitsmarkt

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Schleswig-Holstein
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag A02 Ziffer 3
Sachgebiet:	A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

Die AGS-Bundeskonferenz möge beschließen:

- 1 Vorrangige Förderung der Herstellung einer qualifizierten Erwerbsfähigkeit von
- 2 bereits in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen, arbeitsfähigen Menschen mit
- 3 einer Herkunft außerhalb der EU, die bisher nicht in den Arbeitsmarkt integriert
- 4 sind.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundesparteitag

Antrag A04: Zuwanderung in den Arbeitsmarkt verbessern

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch durch Antrag A02 in ergänzter Fassung
Sachgebiet:	A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

Die AGS-Bundeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die AGS fordert, die Qualifikation der seit 2015 Zugewanderten und Geflüchteten einer
- 2 gründlichen Analyse zu unterziehen und daraus resultierende Ergebnisse für eine
- 3 schnelle Umsetzung und Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt und die
- 4 Gesellschaft vorzuschlagen.

Empfänger*in(nen)

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Bundesparteitag

Antrag A05: Fachkräftemangel bei der Beruflichen Bildung bekämpfen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Sonstiges): Rückgabe an die Antragsteller zur Korrektur des Antrags mit folgender Empfehlung:
Sachgebiet:	A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

Die AGS-Bundeskonzferenz möge beschließen:

- 1 Die AGS fordert die SPD auf, den größeren Fachkräftemangel in nichtakademischen
- 2 Berufen endlich verstärkt zu bekämpfen. Durch Zuwanderung ,verbesserte Anerkennung
- 3 von Abschlüssen und Qualifizierung(Ausbildung) auf unsere Standards ist dem schnellst
- 4 möglich entgegen zu wirken. Alle Zugewanderten verpflichten sich vorher mindestens 5
- 5 Jahre sozialversicherungspflichtig zu arbeiten.

Antrag B01: Vorschriften vereinfachen und Lobbyismus verhindern

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Brandenburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

1 Die SPD-Fraktionen des Bundestages und der Landtage, die SPD-Mitglieder des
2 Europäischen Parlaments sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
3 und von Landesregierungen setzen sich dafür ein, dass Lobbyismus zu Lasten der Umwelt
4 verhindert wird, wie z. B.

5

6 - bei der Vergabe von Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee an
7 Mineralstoffunternehmen) und die Auktionskriterien so geändert werden, dass künftig
8 mehr Interessenten am Bieterverfahren beteiligt werden und eine Verpflichtung zum Bau
9 der beabsichtigten Windparks enthalten ist.

10 - die Förderrichtlinien in den Ländern und im Bund so geändert werden, dass der Bau
11 und die energetische Sanierung von Gebäuden mit natürlichen Dämmstoffen, wie z. B.
12 Lehm, Fassadenbegrünung o. ä. gefördert werden und umweltschädliche Dämmstoffe wie
13 Polystyrol und Mineralwolle aus der Förderung herausfallen.

14 Begründung:

15 Polystyrol hat viele gesundheitliche und umweltschädliche Nachteile, wie z. B.

16 o die Platten können sich entzünden (trotz Brandschutzklasse B1),

17 o Polystyrol ist ein Erdölprodukt und wird damit aus fossilen Rohstoffen hergestellt

18 (Alternative: Platten aus recycelten Materialien),

19 o es nicht UV-beständig,

20 o es ist meist nur etwa 20 Jahre haltbar, danach muss es ausgetauscht werden,

21 o die Entsorgung kostet Geld und belastet die Umwelt,

22 o Polystyrol macht ein Haus sehr dicht, lässt keine Feuchtigkeit raus, die Wände
23 können kaum atmen, wodurch es zu Feuchtigkeitsbildung kommen kann (Alternative:

24 diffusionsoffene oder ökologische Dämmstoffe).

25 Mineralwolle wiederum hat ebenfalls viele Nachteile, insbesondere

26 o verliert das Material seine Fähigkeiten in Sachen Dämmung, wenn es in Berührung mit
27 Feuchtigkeit kommt,

28 o zum anderen bringt Mineralwolle als Dämmstoff ein hohes Eigengewicht mit, sodass
29 dies beim Einbau des Stoffs berücksichtigt werden muss,

30 o zusätzlich schlägt sich die Herstellung der Dämmung negativ auf deren Öko-Bilanz
31 nieder, da die Produktion extrem viel Primärenergie benötigt.

32 o weiterhin verfügt Mineralwolle über eine schlechte Wärmespeicherkapazität, sodass
33 sich das Haus im Sommer schnell aufheizen kann.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsraktion

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-Mitglieder des Europäischen Parlaments sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung und

von Landesregierungen

Antrag B02: Hemmnisse für den Holzbau abbauen

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Um das Bauen zu beschleunigen, unterstützen wir die Holzbaustrategie des
2 Bundesbauministeriums.
- 3 Wir fordern, die Hemmnisse zügig abzubauen, insbesondere durch folgende Maßnahmen:
- 4 - Baurechtliche Hemmnisse beseitigen
5 - Optimierung der Prozesse im Bauordnungsrecht im Hinblick auf dessen Verwendung
6 - Genehmigungsverfahren flächendeckend standardisieren
7 - Vereinheitlichung der Muster-Richtlinie zu brandschutztechnischen Anforderungen von
8 Bauteilen
9 - Kompetenzen stärken im Umgang und mit der Bewertung kohlenstoffbindender
10 Konstruktionen mit biogenen Materialien
11 - Kurzfristige Überarbeitung der Grundlagen zur Ausstellung verbindlicher
12 allgemeingültiger bauaufsichtlicher Prüfzeugnisse
13 - Erarbeitung der Voraussetzungen zum Einsatz der Holztafelbauweise für Gebäudeklasse
14 Diese Maßnahmen würden auch das Bauen mit allen anderen Baustoffen betreffen, weshalb
15 die Anwendung darauf geprüft werden sollte.

Antrag B03: Bundesweite Ergänzung der jeweiligen Bauordnungen der Länder um den Gebäudetyp „E“

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Das Bundesbauministerium wird gebeten, sich dafür einzusetzen, die Initiative der
- 2 Bayerischen Architektenkammer zu unterstützen und den Gebäude-Typ „E“ (Einfach –
- 3 Experimentell), der einen Gebäudetyp betrifft, der auf das Wesentliche reduziert ist,
- 4 einfach konstruiert ist und experimentell sein darf, um mehr und schneller bauen zu
- 5 können, bundesweit einzuführen.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion
Bundesbauministerium

Antrag B04: Mobile Klimawende nicht ausbremsen

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Die AGS fordert die Förderung von E-Autos, die gewerblich zugelassen werden, weiter
- 2 zu führen und nicht im September auslaufen zu lassen.

Empfänger*in(nen)

SPD-Parteivorstand
SPD Bundestagsfraktion

Antrag B05: Klimawende beschleunigen – Gütertransport reformieren

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Baden-Württemberg
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Die AGS fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf sich dafür einzusetzen, dass für den
- 2 Güterverkehr ein eigenständiger Schienenfahrweg zur Verfügung gestellt wird. Dies
- 3 bedeutet eine Trennung zwischen Personen- und Güterverkehr. Für den Güterverkehr wird
- 4 eine eigenständige Güterverkehrsgesellschaft gegründet, die für private
- 5 Kapitalanleger offen ist. Das Neuordnungsgesetz der Bahn von 1993 lässt zu, dass
- 6 knapp 49 % des Unternehmens Bahn derartig genutzt werden können.

7

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag C01: Ausbildungseignungsverordnung für Kleinbetriebe anpassen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Hannover
Status:	nicht befasst
Empfehlung der Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

- 1 Begründung:
- 2 Es gibt in unserem Regelwerk viele Beispiele dafür, dass Kleinbetriebe mit weniger
- 3 als 10 Mitarbeitern anders bewertet und reguliert werden als Mittlere- und
- 4 Großbetriebe, z.B. Kündigungsschutz, Betriebsrat... Wir fordern deshalb für
- 5 Kleinbetriebe hinsichtlich der AEVO eine Ausnahmeregelung bezüglich der Anzahl der
- 6 pädagogisch geschulten Mitarbeiter.
- 7 Antragstext aus Begründung formulieren
- 8 (Angleichung an Handwerksbetriebe, AEVO muss weiterentwickelt und angepasst werden.)

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundesparteitag

Aufnahme in das Zukunftspapier der AGS

Antrag C02: Finanzielle Bildung und berufliche Orientierung

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Brandenburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

1 Die SPD möge sich in allen regionalen und nationalen Gremien für einen
2 Unterrichtsinhalt „Geld: Haben und Verstehen“ in allen Schulen und Berufsschulen
3 einsetzen. Zusätzlich sollen alle Schüler und Schülerinnen in der 9ten oder 10ten
4 Klasse aller Schulformen in ein berufsorientierendes Praktikum von mindestens 4
5 Wochen gehen müssen.

6 Begründung:

7 1. Alle Schüler und Schülerinnen (14-17 Jahre) sollten frühzeitig ein Verständnis für
8 micro- und macro-ökonomisches Wissen erlangen. Dies soll auf lebensnahen, praktischen
9 Anwendungen basieren, die Banken-/Kreditwirtschaft, Versicherungswirtschaft, sowie
10 Verbraucherzentralen und andere wirtschaftlich tätige Konsortien erklären. Damit soll
11 das Basiswissen aller Schüler und Schülerinnen erweitert werden und damit bessere
12 Kenntnisse über die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Industrien, privaten und
13 öffentlichen Institutionen erzielen. Dabei soll auch eine Medienkompetenz („Fake
14 News“) erzielt werden.

15 2. Alle Schüler und Schülerinnen der 9ten und 10ten Klasse aller Gesamtschulen und
16 Gymnasien sollen ein sinnvolles Praktikum von mindestens 4 Wochen in den Handwerks-
17 und Pflege-betrieben absolvieren, als Teil der schulischen Ausbildung. Dieses
18 Praktikum soll dazu beitragen, diese Berufe und Entwicklungsmöglichkeiten allen
19 Schülern und Schülerinnen vorzustellen, und somit mehr Interesse für Handwerks- und
20 Pflegeausbildungen zu erzielen.

21 Beide Erweiterungen der schulischen Bildung sind notwendig, um die Schüler und
22 Schülerinnen frühzeitig in die gesellschaftlichen Anforderungen einzuführen. Der
23 zunehmende Nachwuchsmangel in den Lehrberufen stellt ein gravierendes Problem für die
24 deutsche Wirtschaft dar, und führt zum negativen Wachstum unseres
25 Bruttosozialproduktes. Handwerksbetriebe werden in der Folge keine Nachfolger finden
26 und als Gewerbesteuer-Betriebe verschwinden. Der Mangel in den Pflegeberufen wird die
27 gesundheitliche Versorgung gefährden.

28 Das Basiswissen von micro- und macro-ökonomischem Wissen, verbunden mit dem
29 persönlichen Wissen um Finanzierungen, Zinsen und Versicherungen, verbessert das
30 Standing der Schüler und Schülerinnen gegen alle Social Media und Website
31 Verlockungen, seien es Reize durch Influencer oder (online) Spiel- und Glücksspiel
32 und damit verbundenen vertraglichen Verpflichtungen. Gleichzeitig werden mit diesen
33 Einführungen Überlegungen zu politischen Prozessen angeregt, insbesondere den
34 finanziellen Anforderungen zu Umweltschutz und zukünftiger Gesundheitsvorsorge.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag C03: Vereinfachte Anerkennung von Ausbildung und Qualifikation

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Brandenburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

- 1 Begründung:
2 Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat der Bund die Voraussetzungen für den Zuzug
3 dringend benötigter Fachkräfte in Deutschland verbessert. Damit allein ist es aber
4 nicht getan: Menschen, die nach Deutschland kommen, müssen es leichter haben, mit
5 ihren erworbenen Ausbildungen und Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt hier Fuß zu
6 fassen. Sie brauchen Wertschätzung, Respekt und eine vereinfachte Anerkennung ihrer
7 im Ausland erworbenen Ausbildung und Qualifikationen.
8 Vielfach aber sind die Verfahren zu kompliziert und machen Deutschland als
9 Einwanderungsland unattraktiv, wenn Menschen nicht in ihren erlernten Berufen
10 arbeiten dürfen. Und es geht Deutschland viel verloren, wenn Handwerksbetriebe keine
11 Beschäftigten oder Nachfolger finden oder Meisterprüfungen nur auf Deutsch abgelegt
12 werden dürfen. Antrag:
13 Wir fordern
14 • eine individuelle Beratung für alle Anerkennungssuchenden sicherzustellen,
15 • die Regeln zur Anerkennung von Ausbildung und Qualifikation nachvollziehbar und
16 transparent zu gestalten,
17 • Nachschulungen auf das in Deutschland Notwendige zu beschränken und sie über
18 bestehende berufsbildende Schulen und Hochschulen durchzuführen,
19 • individuelle Beratung und vereinfachte Ausbildungsanerkennung von einer Stelle
20 durchführen zu lassen, die die Menschen umfassend betreut,
21 • die Zuständigkeiten für vereinfachte Ausbildungsanerkennung in einem Ressort zu
22 bündeln,
23 • die Kosten hierfür gleichmäßig zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den
24 Antragstellenden zu verteilen.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundesparteitag
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag C04: Verbesserte Öffnung einer Lehreranstellung in Berufsschulen für Menschen ohne akademische Ausbildung

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Sachsen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

- 1 Die SPD steht nicht nur für die soziale Marktwirtschaft, sondern auch mit ihren
- 2 Grundsätzen für ein durchlässiges Bildungssystem. Die Berufliche Bildung ist in
- 3 Zeiten von Fachkräftemangel durch demografischen Wandel und fehlenden Lehrern für die
- 4 beruflichen Schulen eine große Herausforderung. In den berufsbildenden Schulen ist
- 5 der Mangel, wie auch in anderen Schulen immer mehr zu spüren, nur kommt hier hinzu,
- 6 dass es an Praktikern als Lehrkräften fehlt. Dabei gilt es, in den beruflichen
- 7 Schulen die Handlungsorientierung besser darstellen zu können. Die beruflichen
- 8 Handlungssituationen oder Handlungsfälle dienen dazu, die Betriebs- und Berufspraxis
- 9 und den Geschäfts- und Arbeitsprozess orientiert und beispielhaft zum Gegenstand der
- 10 Ausbildung zu machen. Die Öffnung einer Anstellung für nicht akademisch Ausgebildete,
- 11 dient nicht nur der Sicherung des Berufsschulunterrichts, es ist zusätzlichen ein
- 12 Zeichen für die Vielfalt unserer Gesellschaft und widerspiegelt somit auch die
- 13 Durchlässigkeit unseres (Dualen-) Bildungssystems.

Antrag C05: Meisterausbildung kostenlos

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Sachsen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

1 Begründung:

2 Unsere Bevölkerung und das Handwerk steht vor gravierenden Herausforderungen und
3 stellt sich den Fragen der Zukunft. Die Parteien in Sachsen haben schon mit der
4 Arbeit an ihren Wahlprogrammen begonnen. Der demografische Wandel, Energiewende,
5 weniger Unternehmertum in Sachsen und der Bürokratieabbau sind nur wenige Beispiele.
6 So haben wenig Betriebe bzw. Betriebsinhaber mehr als 10 Mitarbeitende und sind damit
7 auch als Arbeitgeber viel näher an der Belegschaft. Das hat zur Folge, dass
8 Entscheidungen, die das Unternehmen betreffen, auch gemeinsam mit der Belegschaft
9 entschieden werden. Ein wichtiges Thema ist unsere Bundesrepublik, weiter als
10 Handwerksland zu entwickeln und damit einen deutlichen Wettbewerbsvorteil zu
11 schaffen, der den Wohlstand und Unternehmen auf die nächsten Jahre sichert. Die
12 Zukunft der Handwerksbetriebe muss abgesichert werden. In den nächsten zehn Jahren
13 suchen viele Inhaber einen Nachfolger. Dafür braucht es genug Gesellen, welche die
14 Meisterschule absolvieren und dafür auch die Kosten tragen wollen.

15 Der Bundesrat hat sich Anfang März auf Initiative des Bundeslandes Bayern für die
16 Einführung der kostenfreien Meisterausbildung ausgesprochen. Es geht schließlich um
17 die Gleichstellung von dualer und akademischer Ausbildung. Der Meister muss genauso
18 kostenfrei sein, wie der Master, um auch das Hochschulstudium einer beruflichen
19 Ausbildung gleichzustellen. Als Beispiel sieht der Koalitionsvertrag grundsätzlich
20 vor, den Zugang zur Meisterausbildung durch Kostensenkungen sowie den Ausbau des
21 Aufstiegs-Bafög zu erleichtern, doch konkrete Vorschläge dazu bleiben SPD, Grüne und
22 FDP bis-lang schuldig.

23 Antrag:

24 Um einen Schritt voranzukommen, plädieren wir, vergleichbar mit dem Bundesland
25 Bayern, eine Landes- und später Bundesinitiative „für eine kostenlose
26 Meisterfortbildung“ zu starten. Mit diesem Vorstoß würden wir bei allen
27 meistergeführten Handwerksunternehmen auf Wohlwollen stoßen.

28 Begründung:

29 Angesichts von Fachkräftemangel und Nachwuchssorgen ist eine Stärkung des
30 Meisterbriefs dringend erforderlich. Zudem suchen zahlreiche Betriebe dringend
31 Nachfolger, auch deswegen benötigen wir mehr Meister und Meiste-rinnen. Die Forderung
32 des Bundesrates zur Gleichstellung von Studium und Meisterschule geht für uns in die
33 richtige Richtung. Die Kosten für die Meister-schule müssten vollständig vom Bund
34 übernommen werden. Um eine umfassende Gleichstellung aller Bildungszweige zu
35 erreichen, fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, die Fortbildungen an
36 Fachschulen und Fachakademien ebenfalls über das
37 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz mit Bundesmitteln kostenfrei auszugestalten.
38 Die Gleichbehandlung mit der kosten-freien akademischen Bildung ist uns wichtig, weil

39 Berufswahlentscheidungen nicht durch Fortbildungskostenunterschiede verzerrt werden
40 dürfen, sondern von langfristigen Perspektiven geleitet sein müssen.

41 Wir wissen auch, dass Bildungspolitik Ländersache ist und nehmen wohl wahr, dass in
42 den unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Förderungen für die Meisterausbildung
43 angeboten werden. Unser Ziel ist die Vergleichbarkeit der Bildungschancen zu erhöhen
44 und den touristischen Bildungsweg abzuschaffen. Wir wollen unsere Gesellen, die wir
45 in unserem Handwerk ausgebildet haben, bei uns als Meister und Meisterin zu den
46 gleichen Chancen ausbilden, wie in anderen Bundesländern und damit auch eine
47 verlässliche Vergleichbarkeit innerhalb Deutschlands schaffen.

48 Weil das Thema dringlich ist, wollen wir jedoch nicht warten, bis die Bundesregierung
49 tatsächlich aktiv wird, sondern uns der Initiative der Kollegen in Bayern
50 anschließen. Die Landesregierung in Bayern unterstützt auf jeden Fall ab Herbst 2024
51 den Besuch der Meisterschule kostenlos. Wir müssen ein klares Signal für die
52 berufliche Bildung setzen. Keiner, der sich zum Meister fort-bilden will, darf an
53 finanziellen Hürden scheitern oder gegenüber der gebührenfreien akademischen
54 Ausbildung benachteiligt werden.

Antrag C06: Berufliche Bildungsstätten finanziell gleichwertig mit Fachhochschulen behandeln

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

- 1 Der SPD- Parteivorstand und die SPD- Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich
- 2 dafür einzusetzen:
- 3 Mehr Unterstützung Beruflicher Bildungsstätten (z.B. des Handwerks) bei
- 4 Modernisierung, Neubau und Ausstattung durch Bund und Länder mit der Zielsetzung
- 5 gleichwertiger Finanzierung von beruflicher- und akademischer Bildung.

Empfänger*in(nen)

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag C07: Ausbildungsmarkt steuern

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

- 1 Die SPD Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, eine bessere Steuerung des
- 2 Ausbildungsmarktes durch rechtzeitige verpflichtende Berufs- und Studienberatung mit
- 3 entsprechenden Berufspraktika auch im akademischen Bereich anzustreben.
- 4 In allen allgemeinbildenden und den weiterführenden Schulzweigen sind
- 5 Stundenkontingente für die Information über handwerkliche, technische und soziale
- 6 Berufsbilder, einschließlich der Selbstständigkeit in den Lehrplänen unter
- 7 Einbeziehung von Ausbildern zu reservieren.
- 8 Daneben sind bei grundlegenden Eignungsmängeln Förderungsmaßnahmen mit
- 9 berufsspezifischer Ausrichtung zu installieren.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag C08: Fachkräftemangel, Verbesserung der beruflichen Bildung

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Bildung und Ausbildung

- 1 Die SPD Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, sich für eine Verbesserung der
- 2 beruflichen Aus- und Weiterbildung in allen Ausbildungsstufen einzusetzen.
- 3 Es ist zu bundesweit zu prüfen, an welchen weiteren Standorte, insbesondere in
- 4 strukturschwachen Gebieten Ausbildungseinrichtungen und Unternehmensgründungen
- 5 gefördert werden können, die eine noch größere Zahl an Ausbildungsgängen -
- 6 insbesondere für technische Studiengänge - anbieten können.
- 7 Alle Initiativen - auch von privater Seite - sind hierbei zu unterstützen und zu
- 8 fördern.
- 9 Wirtschafts- und Bildungsministerium sind aufzufordern, entsprechende Untersuchungen
- 10 in Auftrag zu geben und einen Zeit- und Ablaufplan für die Gründung und Förderung
- 11 solcher Ausbildungseinrichtungen auszuarbeiten und über deren Stand zu einem
- 12 naheliegenden Zeitpunkt zu berichten.
- 13 Die Gründung von Unternehmen mit entsprechenden Ausbildungsangeboten ist durch
- 14 geeignete finanzielle Unterstützung zu fördern.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag D01: Ansiedlung von Luft- und Raumfahrt in Deutschland vorantreiben

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landes- und Bundesregierung sowie des
- 2 Bundestages und des Europäischen Parlaments setzen sich dafür ein, dass
- 3 a) in Deutschland und der EU wieder eine leistungsfähige Spitzenindustrie der Luft-
- 4 und Raumfahrt sowie die damit im Zusammenhang stehenden ökologischen, technischen,
- 5 energiespezifischen, chemischen, pharmakologischen und maritimen Industrien angesie-
- 6 delt und entwickelt wird und ausgebaut wird;b) Fördermittel für Startups und KMU (in
- 7 der Definition des Statistischen Bundesamtes) in diesen Bereichen ausreichend zur
- 8 Verfügung gestellt werden;
- 9 c) sämtliche Hindernisse zwischen den Mitgliedsstaaten der EU für
- 10 Kooperationsleistungen der Luft- und Raumfahrtindustrie beseitigt werden.

Empfänger*in(nen)

SPD -Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag D02: Dringendes Regelungsbedürfnis beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI)

Antragsteller*in:	AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Die AGS Hessen fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich Gesetze und Standards im
2 Einklang mit Regelungen auf EU-Ebene zu erlassen, um unser Land, seine Bürger und die
3 Wirtschaft vor den unabsehbaren Folgen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI)
4 zu schützen. KI muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt!
- 5 Begründung:
- 6 Zweifellos bietet KI auch Vorteile für die Gesellschaft, Unternehmen und Bevölkerung
7 im allgemeinen; wir alle nutzen bereits Teile davon - oft unbewusst schon seit
8 längerem (Navi, Textkorrekturen etc.). Aber:
- 9 1. Die Technologie muss risikoarm nutzbar gemacht werden; die Menschen dürfen sich
10 nicht von ihr bedroht fühlen, weder beruflich noch körperlich.
- 11 2. Die an der Entwicklung von KI beteiligten, international tätigen Konzerne müssen
12 dringend reguliert werden, und zwar mindestens auf europäischer Ebene. Auf den freien
13 Markt allein können wir uns nicht verlassen.
- 14 3. Politische Entscheidungsprozesse müssen deutlich schneller werden, da wir sonst
15 mit den Weiterentwicklungen von KI und Maßnahmen zur Regulierung ihres Einsatz nicht
16 mehr nachkommen.
- 17 4. Unsere Bildungssysteme müssen alle Menschen befähigen, kritisch, kreativ und
18 bewusst mit der neuen Technik umzugehen; ChatGPT und andere Systeme können durchaus
19 hilfreich sein, aber befähigen die Menschen aus sich selbst heraus nicht,
20 selbstbestimmt mit der Technik umzugehen.
- 21 5. Deshalb wird auch Weiterbildung für alle dringender denn je, da viele Menschen
22 auch schon mit vielerlei Alltagstechnologie und Medien kaum noch Schritt halten
23 können.

Antrag D03: Chancen der KI nutzen – Missbrauch verhindern

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	überwiesen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an AGS-Bundesvorstand
Sachgebiet:	D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

1 Begründung:

2 Die AGS begrüßt ausdrücklich die Initiativen der SPD und ihrer Bundestags- und
3 Europafraktion sowie der EU mit der KI-Verordnung, die Möglichkeiten und Gefahren der
4 Verwendung von KI zu definieren und in einem wirtschaftlich und rechtlich allseits
5 akzeptablen nationalen und EU-weiten Rahmen einzubringen und auch weiterhin
6 anzupassen.

7 Um die genannten Rahmenbedingungen als unverzichtbaren Bestandteil auf dem Weg zu
8 digitaler Unabhängigkeit, Flexibilität, Offenheit und Innovation auch durchsetzbar zu
9 gestalten, fordert die AGS wie folgt:

10 1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich Gesetze und Standards im
11 Einklang mit Regelungen auf EU-Ebene zu erlassen, um unser Land, seine Bürger und die
12 Wirtschaft vor den unabsehbaren Folgen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI)
13 zu schützen.

14 2. Sämtliche Daten europäischer Bürger und europäischer Unternehmen dürfen nur
15 gespeichert und weiterverarbeitet werden, wenn sichergestellt ist, dass die
16 Speicherung und Weiterverarbeitung ausschließlich der europäischen Jurisdiktion
17 unterliegen.

18 3. Die Speicherung und Weiterverarbeitung von Daten europäischer Bürger und
19 europäischer Unternehmen von und durch europäische und außereuropäische Unternehmen
20 soll im Rahmen der in der EU noch zu entwickelnden Dateninfrastrukturen und der
21 entsprechenden Akkreditierung erfolgen.

22

23 4. Programme, die mit öffentlichen Geldern für die öffentliche Verwaltung erworben
24 werden, müssen der Freien und Open-Source-Lizenz (FLOSS) unterliegen.

25 5. Sowohl bei Training wie auch bei Nutzung der KI und dem durch sie generierten
26 Content sind die Erfordernissen des Schutzes des geistigen Eigentums (Urheberrecht,
27 Schutzrechte etc.) einzuhalten. Auf die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu KI
28 und Urheberrecht vom 22.06.2023 wird verwiesen (
29 <https://www.kulturrat.de/positionen/kuenstliche-intelligenz-und-urheberrecht/>).

30 Begründung:

31 Zweifellos bietet KI auch Vorteile für die Gesellschaft, Unternehmen und Bevölkerung
32 im allgemeinen; wir alle nutzen bereits Teile davon - oft unbewusst schon seit
33 längerem (Navi, Textkorrekturen etc.). Aber:

34 1. Die Technologie muss risikoarm nutzbar gemacht werden; die Menschen dürfen sich
35 nicht von ihr bedroht fühlen, weder beruflich noch körperlich.

36 2. Die an der Entwicklung von KI beteiligten, international tätigen Konzerne müssen
37 dringend reguliert werden, und zwar mindestens auf europäischer Ebene. Auf den freien

38 Markt allein können wir uns nicht verlassen.

39 3. Politische Entscheidungsprozesse müssen deutlich schneller werden, da wir sonst
40 mit den Weiterentwicklungen von KI und Maßnahmen zur Regulierung ihres Einsatz nicht
41 mehr nachkommen.

42 4. Unsere Bildungssysteme müssen alle Menschen befähigen, kritisch, kreativ und
43 bewusst mit der neuen Technik umzugehen; ChatGPT und andere Systeme können durchaus
44 hilfreich sein, aber befähigen die Menschen aus sich selbst heraus nicht,
45 selbstbestimmt mit der Technik umzugehen.

46 5. Deshalb wird auch Weiterbildung für alle dringender denn je, da viele Menschen
47 auch schon mit vielerlei Alltagstechnologie und Medien kaum noch Schritt halten
48 können.

Antrag D04: Steigende Rohstoff- und Energiekosten bei längerfristigen Verträgen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Bayern
Status:	überwiesen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Weiterleitung an den Bundesvorstand zum Abgleich mit der aktuellen Situation
Sachgebiet:	D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 1) Wir fordern den Gesetzgeber auf, im Rahmen von §313 BGB klarzustellen, dass eine
- 2 vertragliche oder gesetzliche Risikoverteilung einen Anspruch auf Vertragsanpassung
- 3 oder Aufhebung nicht ausschließt, wenn
- 4 a. der Kostenanstieg beim Lieferanten mit einem Gewinnsprung beim Erwerber einhergeht
- 5 oder
- 6 b. es faktisch oder wirtschaftlich für den Lieferanten nicht möglich ist, sich seine
- 7 Bezugspreise über die Vertragslaufzeit zu sichern / optionieren.
- 8 2) Soweit der Staat selbst Kunde ist, fordern wir die Bundes-, Landes- und kommunalen
- 9 Eben auf, Vertragsanpassungen oder -aufhebungen zuzustimmen, die in den dramatischen
- 10 Marktverschiebungen im Zuge des Ukraine-Krieges und der Inflation in Zusammenhang
- 11 stehen, auch wenn dies rechtlich nicht geschuldet ist.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag D05: Hilfen für Unternehmen in der Folge der Ukraine-Krise

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Bayern
Status:	erledigt durch aktuelle Situation und Regierungshandeln
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch aktuelle Situation und Regierungshandeln
Sachgebiet:	D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Die Bedrohung des Mittelstandes und der wirtschaftlichen Strukturen durch den
- 2 Ukraine-Krieg und die mit diesem eingehergenden Energiepreisschock, die
- 3 Rohstoffknappheit und die hohe Teuerungsrate muss durch staatliche Hilfsprogramme
- 4 abgedeckt werden. Das Volumen des Programms sollte ähnlich groß sein wie die zur
- 5 Bekämpfung der Corona-Pandemie aufgewandten Mittel.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag D06: Wirtschaft und gute Arbeit – zwei Seiten derselben Medaille

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Sachsen
Status:	überwiesen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an als Resolution an das Wirtschaftsforum des AGS-Bundesvorstands
Sachgebiet:	D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Die SPD vertritt als klassische Arbeiterpartei bei Verhandlungen um bessere
2 Arbeitsbedingungen und besseren Löhne die Interessen der Arbeitnehmerinnen und
3 Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Sie ist der natürliche
4 Partner der Gewerkschaften, die mit den Arbeitgebern und deren Verbänden
5 Tarifverträge aushandeln. Am besten funktioniert dies bei großen Unternehmen. In
6 klassischen Industriebundesländern wie z.B. Nordrhein-Westfalen, wo zahlreiche große
7 Betriebe mit vielen Mitarbeitenden ansässig sind, funktioniert dies. Dadurch ist dort
8 ein sogenanntes „Flächentarifland“ entstanden. Das gilt aktuell nicht für die Länder
9 der ehemaligen DDR.
- 10 Ein Beispiel: Schon im Mittelstandsbericht des Freistaates Sachsen von 2015 – 2017
11 heißt es in der Einleitung: *„In Sachsen gibt es etwa 149.000 kleine und mittlere
12 Unternehmen (KMU), die sich in Kleinstunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere
13 Unternehmen differenzieren. Damit haben die KMU einen Anteil von 99,8 Prozent an den
14 Unternehmen des Freistaates. Ein Merkmal des sächsischen Mittelstands ist seine mit
15 140.000 Kleinstunternehmen ausgeprägt kleinteilige Struktur. Diese Unternehmen
16 erwirtschafteten im Jahr 2016 etwa 36 Prozent des Umsatzes des sächsischen
17 Mittelstands.“*
- 18 Dies bedeutet, dass Sachsen kein Flächentarifland ist und es auch vorerst nicht
19 werden wird. So sieht es nicht nur in Sachsen aus. Wenn man allein das Handwerk als
20 Beispiel dafür nimmt. Im sächsischen Handwerksbetrieb arbeiten im Durchschnitt 7
21 Mitarbeiter. Daher haben diese Unternehmen eine andere Mitarbeiterkommunikation als
22 Siemens, Amazon oder ähnliches. Durch solche Unternehmen werden die größten
23 Steuerabgaben geleistet und die Unternehmer:innen tragen dazu eine hohe private
24 Haftung. Es ist mehr als $\frac{3}{4}$ der Unternehmen in Sachsen Einzelunternehmer, diese hat
25 die Folge, dass auch bei ökonomischen Entscheidungen der Faktor Mensch viel mehr im
26 Fokus stellt.
- 27 Aus Sicht der sächsischen Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen muss sich das
28 Denken innerhalb der Bundes SPD in Bezug auf die Arbeitnehmer und Arbeitgeber
29 verändern. Wir müssen weg vom „die und wir“. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen als
30 Gemeinschaft gedacht werden. Die Unternehmen sind dringend auf die Mitarbeitenden
31 angewiesen und leiden in vielen Bereichen unter einem hohen Fachkräftemangel. Die
32 Mitarbeitenden sind gleichzeitig darauf angewiesen, dass es Arbeitgeber gibt, die die
33 Fachkompetenz zu schätzen wissen und sich auf ihre Arbeitgeber verlassen können.
- 34 Die Chefs der Unternehmen, die wir vertreten, sind nicht die „yachtfahrenden
35 Golfspieler“. Diese Chefs sind in der großen Mehrheit ehemalige Angestellte oder
36 Arbeiter, die für sich beschlossen haben, Verantwortung zu übernehmen und eine eigene
37 Firma ins Leben zu rufen. Diese Chefs arbeiten in aller Regel in der Firma mit und

38 lassen nicht für sich arbeiten. Diese Chefs setzen in Krisenzeiten eher ihre eigenen
39 Gehälter aus, als dass sie die Gehälter der Mitarbeitenden nicht zahlen. Es gibt
40 Kleinunternehmer, die in schlechten Zeiten Kredite aufnehmen, um weiter den Lohn
41 ihrer Mitarbeitenden zahlen zu können. Diesen Unternehmern gebührt der gleiche
42 Respekt wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Nur gemeinsam bleibt die sächsische
43 Wirtschaft stark und sie kann noch stärker werden.

44

45

Antrag D07: Transparenz und Übersichtlichkeit bei Antragsverfahren für Kunst- und Kultur-Projekte

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Wir fordern die Einrichtung einer bundesweit agierenden Koordinierungsstelle zur
- 2 Förderung von Kunst- und Kulturprojekten.
- 3 Es muss eine bessere Koordinierung von Bundes- und Landeshilfen für Kunst- und
- 4 Kulturprojekte hergestellt werden, mehr Transparenz und Übersichtlichkeit herrschen
- 5 sowie eine Entbürokratisierung der Antrags- und Vergabeverfahren durchgeführt werden.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen
SPD Parteivorstand

Antrag E01: Anpassung des Statutes für AGS-Mitglieder

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Hannover
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	E - Organisation

- 1 Wir beantragen, das Statut für AGS-Mitglieder wie folgt anzupassen:
- 2 Der AGS gehören Mitglieder an, die (freiberuflich oder gewerblich) selbstständig oder
- 3 unternehmerisch tätig sind, sich von Berufs wegen oder ehrenamtlich mit
- 4 unternehmerischen und Fragen der Wirtschaft beschäftigen oder in sonstiger Weise
- 5 Sachkunde auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik besitzen.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundesparteitag

Antrag E02: Erstellung eines Kontaktverzeichnisses von allen AGS Landesvorständen, Stellvertretern und Internetbeauftragten & Webmaster

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Organisation

- 1 Gemäß den Grundsätzen und Richtlinien vom 8.Juni 2020 für die Tätigkeiten der
- 2 Arbeitsgemeinschaften ist für die Landesvorstände ein aktuelles Kontaktverzeichnis
- 3 der verantwortlichen Landesvorstände, Stellvertreter und Internetbeauftragten &
- 4 Webmaster dringend notwendig.
- 5 Dieses Kontaktverzeichnis sollte im WBH liegen und den Landesvorständen,
- 6 Stellvertretern und Internetbeauftragten & Webmaster auf Anfrage zugesendet werden.
- 7 Die Landesvorstände, Stellvertreter und Internetbeauftragten & Webmaster sollen
- 8 verpflichtet werden, dieses Kontaktverzeichnis - wann immer bzgl. ihres eigenen
- 9 Zuständigkeitsbereiches notwendig – zu aktualisieren.

Antrag E03: Organigramm des WBH

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Organisation

- 1 Die SPD Zentrale wird aufgefordert, den Arbeitsgemeinschaften ein Organigramm des WBH
- 2 mit Kontaktdaten der jeweiligen Funktionsträger (auch Internetbeauftragter &
- 3 Webmaster) zur Verfügung zu stellen.
- 4 Begründung:
- 5 Um eine wirkungsvolle politische Arbeit durchzuführen, ist der Kontakt vor allem auch
- 6 der Landesvorstände der AGs zur Parteizentrale eine absolut wichtige Voraussetzung.
- 7 Dazu ist es notwendig, zu wissen, wer-für-was verantwortlich ist und wie besagte
- 8 Personen erreichbar ist – analog zu den sogar öffentlich zugängigen Organigrammen der
- 9 Landes- und Bundesministerien.

Antrag E04: Erlaubnis hybride Teilnahme auch zu Wahlen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Organisation

- 1 Wir fordern ab der nächsten Bundeskonferenz die hybride Teilnahme auch zu Wahlen zu
- 2 erlauben.
- 3 Begründung:
- 4 In Zeiten des Sparens von Ressourcen aller Art, den knappen Kassen in unserer Partei,
- 5 der Beschäftigungsstruktur der Mitglieder, den positiver Erfahrungen schon zu Zeiten
- 6 des VOV unter der Schirmherrschaft der beiden ehemaligen Justizministerinnen Herta
- 7 Däubler-Gmelin und Brigitte Zypries sowie den nachweisbaren Machbarkeitserfolgen
- 8 während der Pandemie fordern wir die verbindliche Einführung der Möglichkeit der
- 9 hybride Teilnahme zu allen innerparteilichen Veranstaltungen und auch zu
- 10 innerparteilichen Wahlen zu erlauben.

Antrag E05: Liste über die Teilnahme der gewählten Vorstandsmitglieder an den Vorstandssitzungen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Rheinland-Pfalz
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	E - Organisation

- 1 Wir fordern zu den nächsten Bundeskonferenzen eine Liste über die Teilnahme der
- 2 gewählten Vorstandsmitglieder an den Vorstandssitzungen auszulegen.
- 3 Die Information, wie oft die gewählten Vorstandsmitglieder an Sitzungen teilgenommen
- 4 haben, sich entschuldigt haben und/oder unentschuldigt gefehlt haben, ist eine
- 5 wichtige Entscheidungshilfe bei den darauffolgenden Neuwahlen.

Antrag F01: Sozialversicherung für Startups und Selbstständige

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Hannover
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	F - Soziale Absicherung

- 1 Um den Einstieg in eine Selbstständigkeit zu ermöglichen und zu erleichtern sollte es
- 2 ein Angebot geben für einen überschaubaren Betrag in die Sozialversicherung:
- 3 Krankenkasse und Rentenversicherung einzutreten bzw. zu bleiben, falls jemand aus
- 4 einem sozialversicherungspflichtigen Beruf kommt. Der zu zahlende Betrag sollte für
- 5 24 Monate fest angeboten werden, danach würde nach erster Jahresabrechnung (Bilanz
- 6 und/oder Einnahmenüberschussrechnung) eine entsprechende Beitragssumme errechnet
- 7 werden.
- 8 Begründung:
- 9 Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Einkommensteuerbescheide von der
- 10 Finanzverwaltung bis zu 3 Jahren nach Jahresende gestellt werden, wäre eine
- 11 Berücksichtigung der vorläufigen Bilanz bzw. der Einnahmenüberschussrechnung des
- 12 Selbstständigen zu prüfen.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Aufnahme in das Zukunftspapier der AGS

Antrag F02: Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Berlin
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	F - Soziale Absicherung

- 1 Es ist anzustreben, die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen und alle
- 2 Selbstständigen, Freiberufler und Beamten zunächst in die gesetzliche
- 3 Sozialversicherung zu integrieren. Es kann ja jedem/jeder überlassen bleiben, sich
- 4 darüber hinaus für bestimmte Dinge wie Zahnersatz, Chefarzt oder Einzelzimmer höher
- 5 zu versichern.

Antrag F03: Unterscheidung von Selbstständigen und Scheinselbstständigen anhand konkreter Kriterien

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Hannover
Status:	nicht befasst
Empfehlung der Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	F - Soziale Absicherung

- 1 Die AGS fordert die Bundesregierung dazu auf, die Kriterien für eine einwandfreie
- 2 Klassifizierung als Selbstständiger auf einfach nachzuweisende Merkmale zu
- 3 konkretisieren. Diese Merkmale sollen im Rahmen der Steuererklärung von Finanzamt
- 4 überprüft werden und nicht mehr von der Rentenversicherung.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundesparteitag

Antrag F04: Rentenversicherung

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Saar
Status:	Sonstiges Annahme als Resolution
Empfehlung der Antragskommission:	Sonstiges Annahme als Resolution
Sachgebiet:	F - Soziale Absicherung

- 1 Noch immer gibt es viele Selbständige, die keine ausreichende Altersvorsorge
2 getroffen haben. Gerade wenn es ältere Menschen trifft, die plötzlich ohne
3 finanzielle Einkünfte dastehen, weil ihre Altersvorsorge zu gering war oder unsicher
4 war und zusammengebrochen ist, sind es sehr problematische persönliche Fälle. Mit 80
5 Jahren in die Grundsicherung zu fallen und Bürgergeld zu beantragen ist für diese
6 Menschen sehr schwierig.
- 7 Im Zukunftsprogramm der SPD in Kapitel 3.4. wurde diese Problematik erkannt und eine
8 Lösung vorgeschlagen.
- 9 "Solidarität in der Alterssicherung bedeutet für uns zudem, dass auch die
10 Selbständigen, Beamt*innen, freien Berufe und Mandatsträger*innen der gesetzlichen
11 Rentenversicherung angehören. Es ist an der Zeit, die Gesamtheit der Erwerbstätigen
12 in die Rentenversicherung aufzunehmen und die Sondersysteme auf lange Sicht zu
13 überwinden. "
- 14 Begründung:
- 15 Die AGS muss sich hier weiterhin für eine Rentenversicherungspflicht für Selbständige
16 einsetzen, damit mindestens eine Grundversorgung für Selbständige im Alter
17 bereitsteht.

Antrag F05: Systemwechsel: Steuerfinanzierte Bürgerversicherung Krankheit, Rente, Pflege, Arbeitslosigkeit

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Schleswig-Holstein
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	F - Soziale Absicherung

- 1 Die Sozialversicherung einschließlich Pflegeversicherung wird ersetzt durch eine
- 2 steuerfinanzierte Bürgerversicherung. Die Bürger:innen zahlen einen festen
- 3 Prozentsatz der vollständigen Bruttoeinkünfte oder/und Bruttoerträge ohne
- 4 Beitragsbemessungsgrenze und jedes Unternehmen zahlt einen gleich hohen Prozentsatz
- 5 auf die Lohn- und Maschinensummen als zusätzliche Steuer. Sozialversicherungs-
- 6 beiträge aller Art entfallen. Der Staat zahlt daraus:
- 7 - jedem Bürger:in bei Eintritt ins Rentenalter eine steuerfreie feste Rente in Höhe
- 8 des pfändungsfreien Betrages,
- 9 - im Krankheitsfall die Kosten wie die der zurzeit geltenden gesetzlichen Versorgung
- 10 - im Falle der Arbeitslosigkeit den pfändungsfreien Betrag steuerfrei
- 11 - im Fall der Pflegebedürftigkeit die Pflegekosten

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundesparteitag

Antrag F06: Flexi-II-Gesetz weiterentwickeln

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	F - Soziale Absicherung

- 1 Die AGS fordert die Bundestagsfraktion, die Europagruppe und den SPD Parteivorstand
- 2 auf, das bestehende Gesetz zu Langzeit-/Lebensarbeitszeitkonten (sogenanntes Flexi-
- 3 II-Gesetz des SGB IV) weiterzuentwickeln und an die Bedürfnisse kleiner und mittlerer
- 4 Unternehmen und aller Arbeitenden anzupassen.
- 5 Ziel dieser Weiterentwicklung soll sein, dass die Wertguthaben zentral bei einer
- 6 geeigneten Stelle (beispielsweise der Deutschen Rentenversicherung) geführt werden.
- 7 Eine einfache und unbürokratische Form des Auffüllens oder des Abrufs des
- 8 Wertguthabens soll diese Flexibilisierung des Arbeitszeitkontos jenseits der
- 9 Großunternehmen und öffentlichen Verwaltungen attraktiv machen und dem Arbeitnehmer
- 10 maximale Sicherheit für seine angesparte Arbeit geben.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Europagruppe
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundesparteitag

Antrag F07: Bürgerversicherung für Alle jetzt einführen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	F - Soziale Absicherung

- 1 Die AGS fordert die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion auf die Bürgerversicherung für
- 2 alle jetzt einzuführen um endlich eine bessere Absicherung für die gesamte
- 3 Bevölkerung zu verwirklichen und die Sozialversicherungssysteme ins 21 Jahrhundert zu
- 4 führen. Das soll ohne Ausnahmen sofort umgesetzt werden.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag G01: Umsatzsteuer auf Speisen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Thüringen, AGS Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Steuern, Vergütung

- 1 Wir beantragen, die Umsatzsteuer auf Speisen in Gastbewerbe beim verminderten
- 2 Umsatzsteuersatz zu belassen und nicht ab den 01.01.2024 auf den vorpandemischen Wert
- 3 von 19 Prozent zu erhöhen.

Antrag G02: Inflation und Vergütungsordnungen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Steuern, Vergütung

- 1 1) Vom Gesetzgeber erlassene Vergütungsordnungen (StBVV, RVG, HOAI, GOÄ, GOZÄ u.a.)
- 2 sollen künftig entlang der Inflationsrate erhöht werden, bspw. zum 1.1. jeden Jahres.
- 3 Dies soll automatisch durch eine Wertsicherungsklausel in der Verordnung
- 4 sichergestellt werden, d.h. eintreten, ohne dass es erneuter Gesetzgebungsakte
- 5 bedarf.
- 6 2) Bis zu einer entsprechenden gesetzgeberischen Umsetzung sollen die
- 7 Vergütungsverordnungen durch jährliche Gesetzgebungsakte so erhöht werden, dass die
- 8 Teuerung seit der letzten Novellierung aufgefangen wird.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag G03: Mindestbesteuerung von 15% für alle Unternehmen

Antragsteller*in:	AGS Landesvorstand Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Steuern, Vergütung

- 1 Die AGS fordert die Bundestagsfraktion, und die Fraktion im Europäischen Parlament
- 2 auf sich dafür einzusetzen :Die Einführung eines Europäischen Mindeststeuersatzes
- 3 von15%,für alle Unternehmen unabhängig vom Umsatz in der EU und den Assoziierten
- 4 Ländern durchzusetzen , um einen Steuerwettbewerb innerhalb der EU zu vermeiden.

Empfänger*in(nen)

SPD- Bundestagsfraktion

Antrag Ini01: Dauerhafte Sicherung der kommunalen Finanzen - langfristige Stärkung der regionalen Entwicklung

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

Die AGS-Bundeskonzferenz möge beschließen:

- 1 Die Kommunen als Hauptakteur der öffentlichen Investitionen tragen dazu bei, den
- 2 Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern. Unabhängig von Konjunktur und von sich
- 3 ändernden strukturellen Herausforderungen müssen die Kommunen ausreichend finanziell
- 4 so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Dazu sind u.a. die
- 5 folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- 6 • Initiative zur Altschuldenregelung;
- 7 • strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips;
- 8 • Sicherstellung, dass Bundesmittel für die Kommunen von den Ländern in voller Höhe
- 9 weitergeleitet werden;
- 10 • Aufstockung von Finanzmitteln der Kommunen zur Sicherung von dringend
- 11 erforderlichen Investitionen;
- 12 • Finanzierung von Zukunftsinvestitionen auf kommunaler Ebene u.a. durch eigene
- 13 Investitionsgesellschaften oder über Sondervermögen/Fondslösungen;
- 14 • Flexibilisierung der nationalen Schuldenregel: Zukunftsinvestitionen werden nicht
- 15 von der Schuldenregel erfasst und auch die Länder dürfen Schulden bis zu 0,35% ihres
- 16 BIP (wie der Bund) aufnehmen;
- 17 • höherer Anteil für die Kommunen an Gemeinschaftssteuern.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Vertretungen im Bundesrat

Antrag Ini02: Bessere Absicherung für Selbständige

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

Die AGS-Bundeskonzferenz möge beschließen:

- 1 Die AGS begrüsst die im Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen - Bündnis für
- 2 Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ enthaltenen Vorhaben zur Einbeziehung der
- 3 Selbständigen in die Sozialversicherungssysteme. Dabei setzen wir auf die Fortsetzung
- 4 des bewährten und engen Dialogs des Bundesministers für Arbeit und Soziales mit den
- 5 Selbständigen und ihren Verbänden. Wir gehen davon aus, dass die rechtliche Umsetzung
- 6 noch in dieser Legislaturperiode erfolgt.

Empfänger*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion